

8.04.2022

Stand: 09.04.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die russischen Streitkräfte ziehen ihre Kräfte für eine Offensive in der Ostukraine zusammen. Parallel dazu setzen sie ihre Angriffe auf die zivile Infrastruktur fort, wobei sie sich auf die Zerstörung von Transport- und Logistikeinrichtungen konzentrieren.

Richtung Charkiw und Luhansk:

Die russischen Streitkräfte setzen die Blockade und den Beschuss von Charkiw fort. Am Morgen des 8. April berichtete der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Charkiw, Oleh Synehubow, dass in den vergangenen 24 Stunden 48 Angriffe auf das regionale Zentrum und seine Umgebung durchgeführt wurden. Infolgedessen wurden 15 Menschen verletzt. In der Nähe von Isjum (in der Nähe der Siedlungen Braschkiwka und Sulyhiwka) finden Kämpfe statt, und die Evakuierung der Bevölkerung aus Barwinkowe und Lozowa wird fortgesetzt.

In der Region Luhansk setzen die russischen Truppen ihre Angriffe fort. Laut Serhij Haidai, dem Leiter der Militärverwaltung der Region Luhansk, ist die Lage in Popasna und Rubischne, wo eine organisierte Evakuierung der Zivilbevölkerung praktisch unmöglich ist, weiterhin akut. Russische Truppen kontrollieren das Zentrum von Rubischne. Sie beschießen die Gemeinde von Hirske seit zwei Tagen. Lyssytschansk, Sewerodonezk und Kreminna wurden ebenfalls bombardiert. Durch den Beschuss der Stadt Solote mit mehreren Raketenwerfern wurden mindestens fünf Menschen verwundet. Der nächtliche Beschuss in Sewerodonezk führte zu einem Brand in einem Wohnhaus; die Zahl der Verletzten wird derzeit ermittelt.

Richtung Donezk und Saporischschja:

Das russische Militär führte einen Raketenangriff auf einen Bahnhof in Kramatorsk durch. Nach vorläufigen Informationen wurden mindestens 52 Menschen getötet (darunter 5 Kinder) und 109 weitere verletzt. Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Donezk, Pawlo Kyrylenko, griffen die Russen den Bahnhof absichtlich an, da er für die Evakuierung der Bewohner der Region Donezk in sicherere Gebiete der Ukraine genutzt wurde.

Der Beschuss von Avdijiwka geht weiter - im Laufe des Tages wurden 5 Menschen getötet und 2 verletzt. Bei dem Beschuss wurden in Wuhledar eine Person getötet und eine verletzt. Auch in Krasnohoriwka wurde eine Person verwundet. Die Angriffe finden in den Richtungen Otscheretyne, Marjinka, Torez und Bachmut statt. Am schwierigsten ist die Lage weiterhin in Mariupol.

Richtung Süden:

Das russische Militär führte einen weiteren Raketenangriff auf Odessa durch, bei dem es keine Verletzten gab.

Nach Berichten des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine gehen die Kämpfe um das Dorf Oleksandriwka in der Region Cherson weiter.

Informationskonfrontation

Daten aus offenen Quellen widerlegen die russische Desinformationskampagne, die darauf abzielt, die Verantwortung für den Raketenangriff auf den Bahnhof in Kramatorsk den Streitkräften der Ukraine zuzuschieben. Das Argument, die russische Armee habe keine Tochka-U-Raketensysteme im Einsatz, ist nicht zutreffend. Es gibt Foto- und Videobeweise, die das Vorhandensein dieser Waffen bei den an der Aggression gegen die Ukraine beteiligten Einheiten bestätigen. Der Abschuss von Tochka-U-Raketen wurde auch während einer gemeinsamen russisch-weißrussischen Übung im Februar 2022 geübt.

Der Staatssicherheitsdienst der Ukraine warnt vor einem neuen Cyberangriff, der über die Verbreitung gefährlicher E-Mails erfolgt. Die Aktivität steht im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Gruppe UAC-0010 (Armageddon), die bereits wiederholt Cyberangriffe gegen ukrainische und EU-Regierungsstellen durchgeführt hat.

Lokalen Medienberichten zufolge beschlagnahmten russische Truppen das Gelände der Ukrtelecom in Enerhodar (Region Saporischschja).

HUMANITÄRE LAGE

Die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend besetzten Gebiete, Iryna Wereschtschuk, erklärte, dass am 8. April 6.665 Menschen über humanitäre Korridore evakuiert worden seien. Insgesamt 3.544 Personen (1.614 aus Mariupol und Berdjansk und 3.544 aus Städten der Region Saporischschja) reisten mit eigenen Fahrzeugen und Bussen nach Saporischschja. Insgesamt wurden 1.507 Menschen aus der Oblast Luhansk evakuiert.

Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte verzeichnete bis zum 7. April 3.893 zivile Opfer in der Ukraine. Bei einem Angriff der Russischen Föderation wurden 1.626 Menschen getötet und 2.267 verletzt. Nach Angaben der Jugendstaatsanwaltschaft wurden in der Ukraine mehr als 475 Kinder verletzt (169 getötet; 306 unterschiedlich schwer verletzt). Diese Zahlen sind nicht endgültig, da es unmöglich ist, die Zahl der Opfer an Orten zu schätzen, an denen aktive Feindseligkeiten im Gange sind.

Wadym Tokar, Leiter der Makarow-Siedlung in der Region Kyjiw, sagte, dass bis zum 7. April 132 Bewohner der Siedlung tot aufgefunden worden seien. Die Siedlung selbst ist zu 40 Prozent zerstört.

Der Bürgermeister von Tschernihiw, Wladyslaw Atroschenko, sagte, dass in der Stadt während der aktiven Kampfhandlungen etwa 700 Menschen getötet worden seien. Darüber hinaus werden offiziell 40 Personen vermisst.

Der Minenabbau durch das russische Militär in der Ukraine bleibt eine dringende Bedrohung und behindert die Beseitigung der Folgen der Feindseligkeiten. Am 7. April sprengten sich Arbeiter des Elektrizitätsnetzes des Bezirks Trostjanetz am Rande des Dorfes Bilka, Bezirk Ochtyrka, Region Sumy, mit einer Mine in die Luft. Nach Angaben des Leiters der Militärverwaltung der Region Sumy, Dmytro Zhyvitskyy, starb ein Arbeiter an Ort und Stelle, zwei wurden schwer verletzt und zwei weitere erlitten Kontusionen. Am 8. April zündete in der Region Charkiw ein Team von Energiearbeitern, das auf dem Weg nach Derhatschi war, eine Minibombe auf dem Weg nach Derhatschi, um die Folgen des Beschusses zu beseitigen. Zwei Arbeiter wurden verletzt.

Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Donezk, Pawel Kyrylenko, erklärte, dass Männer aus Mariupol, die in die Russische Föderation und in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine zwangsdeportiert worden waren, Vorladungen zur Mobilisierung für die russische Armee erhielten. Er wies auch darauf hin, dass der Verbleib der Bewohner der blockierten Stadt Mariupol nach der erzwungenen Deportation nur sehr schwer zu ermitteln sei.

Nach Angaben der Militärverwaltung der Stadt Kyjiw wurden infolge der Feindseligkeiten 208 Wohngebäude, 46 Schulen, 29 Kindergärten, 1 Kinderheim, 13 Verwaltungsgebäude, 2 Sporteinrichtungen, 5 soziale Einrichtungen, 17 Gesundheitseinrichtungen, 10 kulturelle Einrichtungen und 48 Verkehrsinfrastruktureinrichtungen beschädigt.

Der Leiter der Nationalen Polizei, Ihor Klymenko, erklärte, dass die Strafverfolgungsbehörden seit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine bereits mehr als 5.000 Strafverfahren wegen von russischen Soldaten begangener Verbrechen registriert hätten.

Der Verband der ukrainischen Städte hat die Namen von 11 Bürgermeistern, Stadt- und Dorfvorstehern veröffentlicht, die von den Russen gefangen genommen wurden (vier in der Region Cherson, je zwei in den Regionen Saporischschja, Donezk und Charkiw, einer in der Region Mykolajiw).

Die Internationale Organisation für Migration meldete, dass am 6. April etwa 7,1 Millionen Menschen in der Ukraine als Binnenvertriebene lebten, womit sich die Gesamtzahl der Flüchtlinge und Vertriebenen auf 11,4 Millionen erhöhte.

Das ukrainische Schiff "Sapfir", das zuvor vom russischen Militär beschlagnahmt worden war, ist nach Angaben des Leiters des Präsidialamtes, Andrij Jermak, wieder unter ukrainischer Kontrolle. Es wurde in den rumänischen Hafen Sulina gebracht.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Laut NBU-Leiter Kyrylo Schewtschenko hat die Nationalbank eine Verbesserung der Situation auf dem Währungsmarkt festgestellt, insbesondere die Verringerung des Spreads, und bereitet sich darauf vor, in naher Zukunft eine gewisse Erleichterung der Währungsumtauschtransaktionen zu erwägen.

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes beschleunigte sich die jährliche Inflation in der Ukraine auf 13,7 Prozent, was in erster Linie auf die steigenden Lebensmittel- und Energiekosten zurückzuführen ist.

Der Vorstandsvorsitzende und CEO von ArcelorMittal Krywyj Rih erklärte, dass das Unternehmen den Betrieb wieder aufgenommen habe.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE EREIGNISSE

Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell haben Kyjiw einen Besuch abgestattet. Sie trafen den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij. Bei dem Treffen wurde der ukrainischen Seite offiziell ein Fragebogen ausgehändigt, dessen Ausfüllen ein notwendiger Schritt ist, damit die Ukraine den EU-Kandidatenstatus erhält. Die EU-Beamten besuchten auch Butscha, wo sie sich mit eigenen Augen von den Folgen der Verbrechen des russischen Militärs überzeugen konnten.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij hielt eine Rede in der Eduskunta, dem finnischen Parlament. Er unterrichtete die Abgeordneten über den Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk und sprach über die Kriegsverbrechen der russischen Armee auf ukrainischem Gebiet. Selenskij forderte Finnland auf, die Handelsbeziehungen mit Russland einzustellen, alle russischen Banken vom globalen Finanzsystem zu isolieren, ein Ölembargo zu verhängen und die Sanktionen zu verschärfen.

Wolodymyr Selenskij traf mit dem slowakischen Premierminister Eduard Heger zusammen, der sich zu einem Besuch in der Ukraine aufhält. Der Staatschef dankte dem slowakischen Volk und persönlich dem slowakischen Regierungschef für die Unterstützung der Ukraine und die Bereitstellung echter Verteidigungshilfe, insbesondere der S-300-Luftabwehrsysteme, die an das ukrainische Militär geliefert wurden.

Ausländische Staats- und Regierungschefs verurteilten den russischen Raketenangriff auf den Bahnhof von Kramatorsk, bei dem es zahlreiche zivile Opfer gab. US-Präsident J. Biden räumte ein, dass es sich um "eine weitere schreckliche Gräueltat Russlands handelte, die Zivilisten traf". Der französische Präsident Emmanuel Macron hat den Beschuss des Bahnhofs von Kramatorsk durch russische Truppen scharf verurteilt. Die britische Außenministerin Liz Truss erklärte, dass "Angriffe auf Zivilisten ein Kriegsverbrechen sind" und betonte, dass es wichtig sei, Russland und Putin zur Verantwortung zu ziehen.

Nach Angaben des ukrainischen Außenministeriums haben die Partnerstaaten 443 Mitglieder des russischen diplomatischen Personals ausgewiesen, seit Russland seine umfassende Invasion in der Ukraine begann. Japan weist 8 russische Diplomaten und Mitarbeiter des Handelskonsulats aus. Darüber hinaus kündigte der japanische Premierminister Fumio Kishida ein neues Sanktionspaket gegen Russland an, das ein Einfuhrverbot für Kohle und Alkohol, das Einfrieren von Vermögenswerten der Sberbank und der Alfa Bank sowie die Aussetzung neuer Investitionen vorsieht.

Der EU-Rat verabschiedete das fünfte Sanktionspaket gegen Russland: ein Embargo für Kohle aus Russland (ab August 2022); ein Verbot, unter russischer Flagge registrierten Schiffen den Zugang zu EU-Häfen zu gewähren; ein Verbot von Straßentransporten aus Russland und Weißrussland, was diese Länder daran hindert, Güter auf der Straße innerhalb der EU zu transportieren; ein Verbot der Ausfuhr von Hochtechnologieprodukten. Als Reaktion auf die unprovokierte militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine gelten die restriktiven Maßnahmen zusätzlich für weitere 217 natürliche und 18 juristische Personen.

Die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch internationale Partner ist wichtig. Das südkoreanische Außenministerium teilte mit, dass das Land der Ukraine humanitäre Hilfe im Wert von insgesamt 40 Millionen US-Dollar leisten wird. Der britische Premierminister Boris Johnson kündigte an, dass das Vereinigte Königreich der Ukraine weitere hochwertige militärische Ausrüstung im Wert von 100 Millionen Pfund liefern werde. Die Europäische Kommission hat der Ukraine einen Zuschuss in Höhe von 120 Mio. Euro als Teil des gesamten finanziellen Soforthilfepakets gewährt. Nach Angaben des kanadischen Abgeordneten Yvan Baker hat die kanadische Regierung dem Parlament einen neuen Haushaltsplan für 2022-23 vorgelegt, der weitere 500 Mio. USD an Militärhilfe für die Ukraine und bis zu 1 Mrd. USD an neuen Kreditmitteln für die Ukraine vorsieht.

Das State Bureau of Investigation teilte mit, es führe eine Voruntersuchung über die Verwicklung von Helfern der amtierenden ukrainischen Parlamentsabgeordneten der Partei "Oppositionsplattform – Für das Leben" in gemeinsame Aktivitäten durch.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.